



Finanzielle Massnahmen der Regierung

Katrin JADIN, Föderalabgeordnete

Ansprache – 10.06.2008 – Kiwanis Club Kelmis/Göhlthal – 19h30 „Alt Keris“ in Kelmis

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Kiwanis Club Kelmis/Göhlthal,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Zunächst einmal sei es mir gestattet Ihnen recht herzlich für die heutige Einladung zu danken.

Es ist, in der Tat, noch recht neu für mich, mich in einem ausserpolitischen und ausseruniversitären Kontext, selbst wenn letzterer schon einige Jahre zurückliegt, zu äussern.

Bei der Vorbereitung meiner Ansprache an Sie, habe ich mir sehr viele Gedanken gemacht.

Zunächst, weil das letzte Jahr enorme Veränderungen für mich persönlich mit sich gebracht hat, schliesslich habe ich nun das Glück und die Ehre als einziges deutschsprachiges Mitglied in der föderalen Kammer vertreten zu sein, zum anderen, weil die Ereignisse der letzten Monate, die zu einer stark ausgeprägten gesamtbelgischen Identitätskrise geführt haben und unwiderruflich auch einige Fragen zur Zukunft unserer deutschsprachigen Gemeinschaft augeworfen haben.

Zur Entwicklung der institutionellen Komponenten unseres Staates ist allerdings in den letzten Monaten schon sehr viel geschrieben und geredet worden.

Es sind in diesem Kontext Szenarien herbeigeschworen worden, die vom Ende Belgiens bis hin zur Anektion der einzelnen Gliedstaaten an unsere Nachbarländer gehen.

Die allesamt docht recht pessimistischen Reflektionen über die Zukunft unseres Landes, haben mich heute Abend dazu bewogen, Ihnen eher die Massnahmen, die im Regierungsbeschluss der neuen Föderalregierung enthalten sind, vorzutragen.

Als Liberale bin ich, in der Tat, der Meinung, dass auch in der Politik OPTIMISMUS der Motor ist, der unserer Gesellschaft vorantreiben wird und dass dieser Motor auch im Sinne einer gemeinsamen Entwicklung angewandt werden muss.

Ohne also heute Abend die Funktion eines „frohen Botschafters“ zu übernehmen, werde ich Ihnen die essentiellen - meist finanziellen - Massnahmen der Regierung vortragen, die in den

nächsten Monaten hauptsächlich in der Kammer weiter ausgearbeitet werden müssen, damit sie schnellstens zum Wohle allerer Mitbürger umgesetzt werden können.

Abschliessend können Sie mir dann gerne diesbezüglich weitere Fragen stellen und wenn Sie es wünschen auch die Entwicklung der anstehenden Staastreform ansprechen.

(Pause)

Der Regierungsbefschluss befasst sich hauptsächlich mit der **Erhöhung der Kaufkraft**, ein Problem für das es - aufgrund der aktuellen Preissteigerung der Energiepreise und Lebensmittelpreise - dringender Lösungsansätze bedarf. Ein noch immer sehr aktuelles Thema also - nicht später als vor zwei Tagen landesweit (also sowohl in Flandern, als auch in der Wallonnie) Proteste zur Erweiterung der Massnahmen bezüglich der Erhöhung der Kaufkraft stattgefunden.

So hat die aktuelle Regierung beschlossen die EINKOMMENSSTEUER auch weiterhin zu senken.

Ab dem 1. Juli 2008 wird der Minimumsteuersatz von 6.150 € auf 6.400 € für ein Jahreseinkommen von 22.873 € angehoben.

Die Pauschalbeträge für berufsbedingte Ausgaben werden zudem ab Mai 2007 um 50 € monatlich angehoben werden.

ZIEL ist hier natürlich vor allem die NIEDRIGEREN LÖHNE, die als erstes von der schwindenden Kaufkraft betroffen sind, WEITERAUFZUWERTEN.

Der finanzielle Unterschied zwischen DEN NIEDRIGEREN LÖHNEN und der Sozialhilfeentgeltung muss hier immerhin noch viel signifikanter werden.

Stichwort **Pensionen und Renten**.

Die MINIMALPENSIONEN werden um 2% auch ab dem 1.JULI 2008 (das ist übrigens auch mein Geburtstag) erhöht werden.

Der SOLIDARITAETSBEITRAG, der nur noch den Rentnern auferlegt wurde, wird nun auch endlich PROGRESSIV GESTRICHEN werden.

Personen, die eine Rente beziehen, werden fortan mehr arbeiten dürfen, wenn sie ihre bestehende Rente aufbessern möchten oder aus familiären Gründen auch weiterhin einer Arbeit nachkommen möchten, weil die bestehende Rente nicht ausreicht. Dies betrifft natürlich insbesondere die Witwen und Witwer, die eine Überlebensrente ihres Partners beziehen und dennoch einer Arbeit nachgehen müssen und möchten.

Den SELBSTÄNDIGEN, die eine 43 jährige Karriere vorweisen können, wird der Malus, der ihnen bislang auferlegt wurde, gestrichen werden.

Auch im **Gesundheitsbereich** dürfen wir mit neuen signifikanten Massnahmen rechnen.

Ziel ist es vor allem den Personen entgegen zu kommen, die an einer CHRONISCHEN UND LANGWIERIGEN Krankheit leiden.

So sind im bestehenden Haushaltsplan rund **380 Millionen Euros** vorgesehen worden um einen Mehrjahresplan auszuarbeiten und umzusetzen, der Krebserkrankten und chronisch Erkrankten eine bessere Möglichkeit geben wird an optimale und spezifisch auf sie angepasste Pflege zu kommen.

Für CHRONISCHE ERKRANKUNGEN werden auch weiterhin **Maximumbeträge** angewandt werden, um auch hier die Möglichkeit an neue Medikamente zu kommen bestmöglichst zu garantieren.

PERSONEN MIT EINER LEICHTEN BEHINDERUNG konnten bislang nicht heiraten, wenn sie es wollten, ohne einen erheblichen Teil ihrer Entschädigung zu verlieren.

Dieser SOGENANTE „ Preis der Liebe“ ist eine Ungerechtigkeit, die es zu streichen gilt.

Die Regierung wird diese dann auch streichen.

Stichwort **Familienpolitik**.

Ab dem 1. April 2008 ist das **Kindergeld für das 1. Kind eines selbstständigen Elternpaares von 61,10,- € auf 71,10,- € angehoben werden.**

Das erhaltene Kindergeld für die 18 bis 24 jährigen wird in den nächsten Jahren PROGRESSI auf 100,-€ angehoben werden.

Für das Haushaltsjahr 2008 wird diese Massnahme ÜBRIGENS auf 10,431 Millionen € geschätzt, d.h. 9,3 Millionen € für die Arbeitnehmer und 1,1 Millionen € für die Selbstständigen.

Die Beträge dieser Massnahme werden sich zur vollständigen Umsetzung in 2012 auf 59 Millionen belaufen.

Im Bereich **Wirtschaft und Arbeitsplatzschaffung** sind folgende Massnahmen ebenfalls besonders hervorzuheben.

Für neue Unernehmensgründer ist ein kostenloses Kontendepot während fünf Jahren vorgesehen.

Die steuerliche Vegünstigung für Dienstleistungschecks wird -trotz Kritik einiger politischen Formationen und nunmehr Koalitionspartner - ebenfalls erhalten bleiben.

Die getroffenen Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit (Alarmsysteme, Brandschutzmassnahmen) in kleinen und mittelständigen Unternehmen können ab 2009 (Steuerjahr 2010) bis zu 120% steuerlich abgesetzt werden.

Über eine Erhöhung der INTERETS NOTIONELS, die fiktiven Zinsabzüge also, von 4,3% auf 4,8% werden die kleinen und mittleren Unternehmen auch weiterhin die Möglichkeit haben Investitionen vorzunehmen, die sicher auch zur Festigung des Wirtschaftsstandortes Belgien und zur Arbeitsplatzsicherung beitragen werden.

Hierzu gab es übrigens schon heftige Debatten in der Kammer.

Einige politische Formationen haben das Weiterbestehen dieser Massnahme generell in Frage gestellt...

Die INTERETS NOTIONELS, bleiben meiner Meinung nach ein wichtiges Werkzeug, um zukünftige Investitionen in Belgien zu garantieren. (Anekdote erklären R° fl +R° wall)

Ein weiteres Instrument, um auch weiterhin möglichst eigenständig innovative Technologien zu entwickeln und so auch neue Chancen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu garantieren, ist die FORSCHUNG.

Diese gilt es auch zu ermutigen.

So wird ab dem 1. Juli 2008, die Befreiung des Berufsteuervorabzuges für ALLE Forscher in Universitäten und Forschungszentren von 25% auf 65 % angehoben.

Eine wichtige Massnahme, die für das Haushaltsjahr 2008 auf 41 Millionen Euro geschätzt wird.

Belgien wird sich auch weiterhin bemühen, besonders Anstrengungen im Bereich der internationalen Kooperation zu treffen.

So sind für das Haushaltsjahr 2008 erstmals 1, 2 Milliarden Euros zur Verstärkung der internationalen Kooperation und Entwicklungshilfe vorgesehen. Dies entspricht einer Erhöhung der Mittel um 17% im Vergleich zum Haushaltjahr 2007.

Die Erhöhung dieser Mittel ist deshalb auch nötig, um der ungleichen Verteilung des Reichtums zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre entgegen zu treten, da wir der Meinung sind, dass auch hier die Instrumente entstehen, um die weltweite wirtschaftliche Migration der Bevölkerung der ärmeren Länder der südlichen Hemisphäre zu den reicheren Ländern möglichst abzuschwächen, da wir uns Verantwortung bewusst sind, dass eine anhaltende Friedensicherung nur durch eine Erweiterung des Wohlstandes und des Demokratieverständnisses in den ärmeren Regionen dieser Welt möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser letzte Aspekt beendet meine Ansprache an Sie. Ich hoffe Ihnen hiermit auch einige praktische Informationen mit auf den Weg gegeben zu haben und stehe Ihnen natürlich wie eingangs schon erwähnt für weitere Fragen, sei es persönliche, philosophische oder andere politische Fragen sehr gerne zur Verfügung.

Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!